

Veranstaltung am 04. April 2008
Hartz IV, zur Situation und Perspektiven in Berlin und der BRD

Gliederung:

Teil I – Wie wird Hartz IV umgesetzt?.....	3
Teil II, der Berliner Sonderweg?	5
Teil III, die wirtschaftliche und soziale Situation?.....	7
Teil II – Öffentlicher Beschäftigungssektor	10
Teil III – Mindestlohndebatte	11
Teil V – Organisieren der schwer Organisierbaren – Gegenwehr!.....	12
Teil V – Perspektive und Ausblicke	13

Veranstaltung am 04. April 2008
Hartz IV, zur Situation und Perspektiven in Berlin und der BRD

Referent Thomas Marschner, 43 Jahre, Beruf Technischer Zeichner.

Mehr als 17 Jahre Berufserfahrung und mehr als 15 Jahre als Leiharbeiter.

Mitbegründer eines Betriebsrates in einer Leiharbeitsfirma.

Nach der Insolvenz des Unternehmens Langzeitarbeitslos geworden.

Habe an MAE und ABM sowie mehrfach Weiterbildungsmaßnahmen teilgenommen.

Ehrenamtlich arbeite ich seit 2004 in verschiedenen Erwerbslosen- und Anti Hartz Initiativen mit und habe in Spandau selbst eine gegründet.

Seit 2001 bin ich Mitglied der IG Metall und arbeite dort ehrenamtlich im Arbeitskreis „Menschen in Zeitarbeit“ und u.a. auch als Delegierter für den Arbeitskreis Arbeitslosigkeit.

Von 2005 bis 2007 war ich Mitglied der WASG und 2006 Kandidat für die BVV im Bezirk Spandau. Aus politischer Überzeugung bin vor der Fusion, aus der Partei ausgetreten.

Veranstaltung am 04. April 2008

Hartz IV, zur Situation und Perspektiven in Berlin und der BRD

Teil I – Wie wird Hartz IV umgesetzt?

Nachdem das „Vierte Gesetz für die modernen Dienstleistungen am Arbeitsmarkt“, im Volksmund genannt Hartz IV, mit den Regelungen eines quasi neu geschriebenen zweiten Sozialgesetzbuches, zum 01. Januar 2005 eingeführt wurde, brach das große Chaos aus.

Die Zusammenlegung der Sozial- und Arbeitslosenhilfe, gestaltete sich in der Praxis komplizierter als gedacht. Mangelnde Sachkenntnisse der Bearbeiter und viele Bearbeitungsfehler, unklare Auslegungen der Gesetze führen, zu langen Bearbeitungszeiten. Während im ersten Jahr der Umsetzung jeder 2.te Leistungsbescheid fehlerhaft war, ist es heute „nur noch“ jeder 4.te. Aber noch immer sind die Bescheide für Normalbürger kaum lesbar oder verständlich.

Die Personalressourcen der Arbeitsagenturen waren und sind unzureichend. Die Organisation der Verwaltung, die jetzt Agenturen für Arbeit oder Job-Center heißen, funktioniert nur bedingt, viele Abläufe sind schlecht organisiert.

Das Bundesverfassungsgericht hat im Dez. 2007, die Arbeitsgemeinschaften (ARGEN) die zwischen Bund, Ländern und Kommunen eingerichtet wurden, als Verfassungswidrig erklärt, weil sie Bundes- und Länderrechte verquicken. Sie werden aber weiterbetrieben, indem dafür extra eine neue Behörde eingerichtet werden soll, die Zentrum für Grundsicherung heißen soll.

Seit der Einführung von Hartz IV wurden die Gesetze im Bereich des SGBII, mehr als **achtmal** geändert, um sie jedes Mal ein bisschen weiter zu verschärfen. Statt sie, wie durch die Politik behauptet, zu verbessern, wird die Kostenreduzierung beabsichtigt. Denn Hartz IV ist viel teurer geworden, als ihre Erfinder dies immer behaupten. Bis zum heutigen Tag hat die noch immer fehlerhafte Software A2LL den Steuerzahler über 600 Millionen Euro, einschließlich aller Fehlerkorrekturen und Verbesserungen gekostet.

Sozialgerichte ersetzen das mangelnde Sozialverständnis von Behörden und sind für die Betroffenen häufig die letzte Hoffnung. Die Zahl von Sozialklagen stieg seit 2005 um durchschnittlich über 60% und jährlich werden es mehr. Das Bundesverfassungsgericht hat eine aktuelle Klage durch das Landessozialgericht NRW über die Verfassungsmäßigkeit der Regelsatzhöhe von Hartz IV bisher noch nicht entschieden.

Die Klageflut soll durch eine geänderte Prozesskostenhilfe und Sozialgerichtsgebühren begrenzt werden, auch das Sozialgerichtsgesetz wurde verändert, um Revisionsverfahren bei sozialgerichtlichen Entscheidungen zu erschweren. Damit wird eine „Zwei-Klassen“ Justiz in die Realität umgesetzt.

Die Massenarbeitslosigkeit wurde hauptsächlich im Rechtsbereich des ALG1 abgesenkt, dadurch wächst der Anteil der Langzeitarbeitslosen auf mittlerweile

Veranstaltung am 04. April 2008

Hartz IV, zur Situation und Perspektiven in Berlin und der BRD

bundesweit bei fast 68%. Zwar konnte die Arbeitslosigkeit in letzten Jahren nominell verringert werden und effektiv, eine zeitweilige Absenkung um fast 1,5 Million Arbeitslose erreicht werden, aber wie wurde das erreicht?

Die Bundesagentur für Arbeit fälscht seit Jahrzehnten den politisch gewollten Erfolg in die Arbeitsmarktzahlen hinein und macht dies mit professionellem Einsatz und Personal. So werden z.B. Jugendliche, die einen Ausbildungsplatz suchen ebensowenig mitgezählt, wie Arbeitslose die in Maßnahmen stecken oder gerade sanktioniert wurden. Der echte Leistungsmissbrauch liegt nach Angaben der Bundesagentur für Arbeit bundesweit bei 3 Prozent. Dennoch wird der Drangsalierungs- und Sanktionsapparat laufend verschärft, erweitert und ergänzt.

Seit einigen Jahren werden jährliche Geschäftsziele, als „Zielvereinbarungen“ durch die Bundesagentur für Arbeit in Nürnberg vorgegeben, die für die Arbeitsverwaltungen in den Ländern und Kommune bindend sind. Dabei wird ein jährliches Kosten-Einsparvolumen zwischen 5 bis 8 Prozent sowie eine höhere Vermittlungsquote als Kerngeschäftsziele vorgegeben. Einsparungen der Bundesagentur werden als „Überschüsse“ ausgewiesen und an den Bund zurück erstattet.

So entstanden Rückerstattungen bzw. Überschüsse allein für 2006 von etwa 12 Milliarden Euro und in 2007 ca. 18 Milliarden. Im letzten Jahr wurde nach der Absenkung der Arbeitslosenversicherungsbeiträge ein **Minus von 700 Millionen Euro** erwirtschaftet, dass mit Rücklagen der BA kompensiert wurde.

Ein besonders beliebtes Einsparvolumen scheinen die Bereiche der Qualifizierung- und Weiterbildung und der öffentlichen Beschäftigung zu sein. Dort liegt das bundesweite Einsparpotential bei etwa 20 Prozent.

So hat Berlin Brandenburg im Jahr 2005, an Nürnberg ca. **2 Milliarden Euro** an Fördermittel zurückgegeben. Im Jahr 2006 wurden etwas über **8% der Geldmittel** und 2007 fast 9% nicht verbraucht. Im letzten Jahr dürfte die Größenordnung ähnlich ausgesehen haben.

Der Beobachter muss den Eindruck gewinnen, dass es sich bei den Bundesagenturen um Profitcenter handelt, die in einem wirtschaftlichen Wettbewerb stehen. Die Einsparungen gehen klar Zulasten der Betroffenen.

Denn seit wann muss der Staat Gewinne, also Überschüsse erwirtschaften?

Infolge der Wirtschaftskrise verändert sich der Arbeitsmarkt rasant. Niemand kann momentan absehen, welche Kosten durch Kurzarbeit und höhere Arbeitslosigkeit entstehen.

Veranstaltung am 04. April 2008
Hartz IV, zur Situation und Perspektiven in Berlin und der BRD

Teil II, der Berliner Sonderweg?

Die Politische Situation Berlins, mit ihrem Rot-Rot geführten Senat hat Auswirkungen auf die Ausgestaltung der Hartz IV Reformen in dieser Stadt. Vorwiegend sieht sich die Partei „Die Linke“ den Vorwürfen von Kritikern ausgesetzt, dass sie sich an einer Regierung beteiligt, die neoliberale Politik betreibt. Sämtliche dieser Vorwürfe werden mit dem Gegenargument, wirtschaftlicher Notwendigkeiten abgeschmettert und als Argument wird das Karlsruher Urteil angeführt.

Ist eine Linkspolitische Ausrichtung des Senats überhaupt erkennbar?

Erstens ist Berlin als Wirtschaftsstandort und Arbeitsort für die Industrieproduktion seit dem Fall der Mauer erheblich weniger gefragt und verliert weiter an Bedeutung, das hat entscheidende Folgen. Der Dienstleistungssektor kann den Industriestandort nicht in gleicher Weise ersetzen, weil er die erforderliche Anzahl von Arbeitsplätzen nicht zur Verfügung stellt. Andere Wirtschaftsbranchen bieten ebenfalls kaum einen größeren Arbeitsmarkt. Infolge kritischer Lohn- und Arbeitsbedingungen, müssen viele Sektoren als prekär zu bezeichnet werden, Schwarzarbeit ist ein zusätzliches Problem. Eine Linke Wirtschaftspolitik ist nicht erkennbar.

Zweitens sind im Bereich KITAS die Privatisierungsanstrengungen weitgehend abgeschlossen, dort wurde bis auf wenige Ausnahmen alles privatisiert. Bei Bildungseinrichtungen wurden Teilbereiche privatisiert und Ansätze, dies auch im Hochschulbereich umzusetzen sind größtenteils gescheitert. Proteste einerseits und mangels Investoren andererseits, wird nur noch am Rande davon gesprochen. Auch im Bereich der Bildungspolitik ist ein Linkes Politikformat kaum erkennbar.

Drittens im Bereich der Sozialpolitik ist ein „linker Ansatz“ nur insoweit zu spüren, dass bei der Umsetzung von Hartz Gesetzen nicht so hart und konsequent durchgegriffen wird; Wobei sich das eigentlich nur auf die Sonderregelung der AV Wohnen bemerkbar macht.

Grundsätzlich sind in Berlin die gleichen Probleme und Streitigkeiten an der Tagesordnung, wie im übrigen Bundesgebiet bzw. Bundesländern.

Viertens kennzeichnet sich „Linke Politik“ in der Stadt eher durch Symbolpolitik als durch politische Standpunkte und Inhalte. Zugeständnisse an eine regierungsfähige Koalition haben dazu geführt, dass der „realpolitischen Ansatz bürgerlicher Politik“ einer „ehrlichen Linken Politik“ gewichen ist.

Die Senatsbeteiligung der Partei „Die Linke“ im Berliner Senat führt trotz eigener Mindestlohn Forderungen nicht dazu, dass dieser in Berlin eingeführt wird. Der Senat ist auch nicht dazu zu bewegen, wieder in den

Veranstaltung am 04. April 2008
Hartz IV, zur Situation und Perspektiven in Berlin und der BRD

Flächentarifvertrag für den Öffentlichen Dienst einzutreten. Das allgegenwärtige Abwehrargument lautet haushalterische Sachzwänge, infolge des Karlsruher Verfassungsurteils zur Schuldensituation Berlins.

Fünftens präsentiert sich „die Linke“ in Berlin, quasi als Modellprojekt für die übrige Republik. Frei nach dem Motto „wir sind doch gar nicht so schlimm“, will die Linke sich als handlungsfähige Option präsentieren, die weder kommunistisch, noch linksradikal ist, sondern sich als koalitionsfähig, im Sinne „des kleineren Übels“ für andere mögliche Koalitionspartner darstellt. Dabei verspielt sie allerdings den Status einer linkspolitischen Alternative und macht sich unglaublich im Sinne „linker Politik“, die sie durch Linke Rhetorik und Symbolik ersetzt hat.

Veranstaltung am 04. April 2008
Hartz IV, zur Situation und Perspektiven in Berlin und der BRD

Teil III, die wirtschaftliche und soziale Situation?

Bundesweit sind fast **41 Millionen** Menschen erwerbstätig, aber nur etwa **28 Millionen** sind sozialversicherungspflichtig beschäftigt. Etwa **5 Millionen** Menschen arbeiten Vollzeit für geringfügige Löhne und weitere **2,1 Million** in einem Nebenjob für einen Niedriglohn.

Insgesamt arbeiten also fast **8 Millionen** Menschen im Niedriglohnsektor.

Bundesweit liegt die Zahl sogenannter Aufstocker, also Erwerbstätiger, die zusätzliche Leistungen vom Amt benötigen, bei etwa **1,3 Millionen**.

Das sind etwa 3% aller Erwerbstätigen und 8 Prozent der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten.

Die Verbraucherpreise stiegen im letzten Jahr im Bundesgebiet um etwa 2,6 Prozent. In Berlin etwas niedriger. Hauptantreiber der Inflation sind länderübergreifend die Lebensmittel- und Energiepreise, die fast **zweidrittel** der Preissteigerung ausmachen. Fachleute rechnen infolge der Finanzkrise mit einem stärkeren Anstieg der Inflationsrate ab dem Sommer 2009.

Im Dezember 2008 waren **1,64 Millionen** Personen in einer vom Bund oder der Bundesagentur für Arbeit geförderten arbeitsmarktpolitischen Maßnahme beschäftigt. Im Jahresdurchschnitt wurden etwa **3,6 Prozent** mehr Arbeitslose als im Vorjahr in solchen Arbeitsgelegenheiten (AGH) eingesetzt. Mehrheitlich wird dabei immer noch auf die Variante mit Mehraufwandsentschädigung oder MAE zurückgegriffen, die der Volksmund als Ein-Euro Jobs bezeichnet, weil die Mehraufwandsentschädigung zwischen 1 und 1,50 Euro pro Std beträgt. Nachweislich verdrängen diese Arbeitsgelegenheiten (MAE), reguläre Arbeitsplätze im „ersten“ Arbeitsmarkt (z.B. Grünflächenamt, Kitas etc.).

Im Dezember 2008 erhielten bundesweit insgesamt etwa **5.6 Millionen** erwerbsfähige Menschen Lohnersatzleistungen nach dem SGB III oder II, weil sie **nicht** erwerbstätig waren.

Das Bruttoinlandsprodukt in Berlin nahm 2008 real um über 2,5 % zu, gegenüber den knappen 1,7 Prozent des Bundesgebietes, ein Anstieg der zuletzt 1993 erreicht wurde.

Etwa 1,2 Million Berliner haben eine sozialversicherungspflichtige Arbeit.

Berlin ist zur Job-Drehscheibe für Leiharbeit und überhaupt prekärer Arbeit geworden. Über 28.000 Menschen arbeiten als Leiharbeiter, zumindest bis November 2008, den infolge der Krise verlieren die meisten ihre Jobs.

364.000 Berliner/innen erzielten letztes Jahr ein Nettoerwerbseinkommen von unter 900 Euro (Zahlen Dezember 2008). 110.000 Vollerwerbstätige Berliner gelten als Aufstocker, also fast **7% aller Erwerbstätigen** in Berlin.

Im Dez. 2008 erhielten 32.200 Menschen Fördermittel zur Selbständigkeit.

Veranstaltung am 04. April 2008

Hartz IV, zur Situation und Perspektiven in Berlin und der BRD

Die Zahl insolventer Unternehmen und Privatpersonen ist bis September 2008 bundesweit um fast 12 Prozent zurückgegangen, aber infolge der Krise ist mit einem rasanten Anstieg zu rechnen.

Die Summe unbezahlten Rechnungen stieg um 9,7 Prozent auf 183,1 Millionen Euro. Allein in Berlin gibt es 1.500 Fälle, durch die etwa 141,8 Mill. EUR Schulden entstanden sind. Berlin ist zur Schuldenhauptstadt geworden. Im Privatschuldenindex der Schufa wird Berlin einsam an der Spitze geführt. In der aktuellen Schufa Studie wird jeder sechste Berliner als überschuldet bezeichnet. Das sind etwa 566.000 Haushalte.

Bundesweit sind über 700 Inkassofirmen in einem regelrechten Boom tätig.

In Berlin leben rund 242.000 Menschen von ALG1 oder 2, und die Arbeitslosenquote beträgt etwas mehr als 14 Prozent. Stark durch Arbeitslosigkeit sind MigrantInnen (mit 20,4%) und Familien betroffen. Immerhin 22.000 Leistungsempfänger gelten nicht als Arbeitslos, weil sie die Regelung des Paragraphen 428 SGBIII nutzen (Freistellung von der Arbeitsvermittlung).

Während bei ALG1 Empfängern in den letzten Jahren ein deutlicher Rückgang erreicht wurde, hat sich Langzeitarbeitslosigkeit weiter verfestigt.

Dementsprechend liegt ihr Anteil im bundesweiten Mittel etwa bei 68%, in Berlin beträgt er sogar über 81 Prozent. Insgesamt sind die beruflichen Chancen bei Langzeitarbeitslosen schwierig, ihre Vermittlung problematisch.

Die ständigen Änderungen der Gesetze, veränderte Arbeitsabläufe, sowie mangelnde Sachkenntnisse in der Sachbearbeitung führen in der Arbeitsverwaltung zu erheblichen Problemen. Inkompetenz, Willkür oder Bevormundung sind allgegenwärtig. Fehlende oder ständig wechselnde Ansprechpartner sind die Regel, fehlende Urlaubs- oder Krankheitsvertretung an der Tagesordnung. Statt einer einheitlichen Arbeitspraxis arbeitet jedes Jobcenter anders und jeder Sachbearbeiter prägt seinen Arbeitsstil.

Die Berliner Jobcenter bewältigen den Arbeitsanfall nicht, aktuell sind mehr als 150.000 Postvorgänge unbearbeitet. Spitzenreiter bildet das Jobcenter Spandau, wo ca. 40.000 Vorgänge nicht abgeschlossen sind, danach folgen der Jobcenter Mitte und Neukölln mit etwa der Hälfte. Allein das Jobcenter Reinickendorf hat bisher keinen Postrückstau angegeben.

Um dieser Flut Herr zu werden, wurde zusätzliches Personal versprochen. Dieses Jahr sollen 582 Mitarbeiter des Bundes und weitere 135 bisher befristet Beschäftigte, sollen die Jobcenter dauerhaft personell verstärken.

Unverständliche Bescheide, Berechnungsfehler oder Ablehnungen für Kostenübernahmen führten letztes Jahr zu etwa 789.000 Widersprüche gegen die Entscheidungen der Jobcenter. Hinzukommen durch lange Bearbeitungszeiten, unpünktliche Geldzahlungen oder die Verweigerung von

Veranstaltung am 04. April 2008

Hartz IV, zur Situation und Perspektiven in Berlin und der BRD

Leistungen immer mehr Sozialklagen. Im letzten Jahr sind rund 30.996 **neue** Klagen bei den Sozialgerichten in Berlin-Brandenburg eingereicht. Insgesamt 175.000 neue Klagen und Eilanträge sind beim Bundessozialgericht (BSG) in Kassel eingegangen, die Erfolgsquote bei Sozialklagen liegt bei etwa 50%.

Nach Angaben des statischen Bundesamtes gelten ca. 13 Prozent der Bevölkerung als armutsgefährdet und etwa 4 Millionen Bundesbürger sogar in strenger Armut, weil sie weniger als 40 Prozent des durchschnittlichen Einkommens für den Lebensunterhalt zur Verfügung haben.

Arbeitslose sind überdurchschnittlich armutsgefährdet, aber besonders stark leiden Kinder unter Armut, aktuell gelten über 2 Millionen Kinder als arm.

Die Mortalitäts- oder Sterberate bei Langzeitarbeitslosen ist um etwa 2,6 fach höher als bei Erwerbstätigen und Suizidversuche sind 20mal häufiger.

Tödliche Suizide sind es ebenfalls. Die Berliner Studie zu Erkrankungs- und Sterblichkeitsauffälligkeiten bei arbeitslosen Menschen, gibt die Zunahme depressiver Erkrankungen bzw. Stimmungen mit etwa 63 Prozent an.

Der Lebenserwartung zwischen dem reichsten und ärmsten Viertel der Bevölkerung liegt bei Frauen um ca. 8 Jahre und bei Männern um ca. 11 Jahre weniger. Im Klartext heißt das, Arm sein bedeutet früher zu sterben.

In Berlin besteht trotz erheblicher Kritik eine Übereinkunft zwischen Sozial- und Finanzsenat bei der Übernahme der Kosten der Unterkunft im Bereich ALG2. Diese als „AV Wohnen“ bezeichnete Übereinkunft wurde in ihrer Ausgestaltung gerade fortentwickelt, nachdem der Landes- und Bundesrechnungshof sowie der Finanzbeirat der Bundesregierung erheblichen politischen Druck ausgeübt haben.

Der Bund klagt inzwischen beim Bundessozialgericht gegen den Berliner Senat auf Rückzahlung von 47 Millionen Euro, weil Berlin zu großzügig bei der Zahlung der Kosten der Unterkunft umgegangen sei und auch zu lange, unangemessene Kosten übernommen habe.

Die neue AV Wohnen ist am 01. März in Kraft getreten und bedeutet im Kern die Anhebung der Zahlung „angemessener Kosten der Unterkunft“ bei Singles auf bis zu 378 Euro. Die Übernahme von „nicht angemessenen Kosten der Unterkunft“ erfolgt nur noch für sechs Monate.

Künftig sollen jährlich die Kosten der Unterkunft überprüft werden.

In einem Moratorium hat die Sozialsenatorin in Aussicht gestellt, dass großzügig bei den zu erwartenden Mietnachzahlungen, infolge der hohen Brennstoffpreise im letzten Jahr, verfahren werden soll.

Ob aber aufgrund steigender Mieten und Nebenkosten, die Anpassungen der AV Wohnen ausreichend sind, kann angezweifelt werden; Mittlerweile zahlt bereits **jeder fünfte** ALG2 Empfänger Differenzbeträge für eine zu teure Wohnung aus seiner Regelleistung.

Veranstaltung am 04. April 2008
Hartz IV, zur Situation und Perspektiven in Berlin und der BRD

Teil II – Öffentlicher Beschäftigungssektor

Zum 01. Januar 2009 wurden etwa **75 bisher bestehende** Förderungsinstrumente aus dem Arbeits-Förderungs-Gesetz gestrichen. Unter dem Stichwort „Neuausrichtung der arbeitsmarktpolitischen Instrumente“ wurden die übrigen neu zusammengestellt. Zielrichtung soll die qualifiziertere Unterstützung und effizientere Vermittlung von Arbeitslosen sein.

Im Wesentlichen wird aber die Straffung der staatlichen Förderung und der Geldmittel umgesetzt. Klar ist schon vorab jetzt, dass auch diese „Reform“ wieder Zulasten der Hilfebedürftigen geht, denn mit den Änderungen ist ein Einsparpotential von mehr als 5 Milliarden Euro verknüpft.

Seit etwa zwei Jahren gibt es in Berlin den „öffentlich geförderten Beschäftigungssektor“. Die gesetzlichen Anforderungen sind streng und die Beantragung dauert lange und der Nutzeffekt für die Auftraggeber erscheint gering. Finanziert wird der ÖBS zu 75% aus Bundesmitteln und 25 % aus dem Landestopf. Weitere Mittel aus dem Europäischen Sozialfond (ESF) für 2008 und 2009 (jeweils 6 Mio.) sollen die Kommunen entlasten.

Im öffentlich geförderten Beschäftigungssektor Berlins waren letztes Jahr fast 90.000 Menschen beschäftigt. 34.500 Menschen davon als Ein-Euro Jobber. Weitere 1.800 waren im Kommunal Kombi-Lohn Modell beschäftigt.

Immer stärker wird von so genannten Eingliederungszuschüssen Gebrauch gemacht, um Arbeitssuchende in unattraktive Jobs zu vermitteln. Das bedeutet, dass der Staat Lohnzuschüsse auf geringe Stundenlöhne zahlt, damit Arbeitslose solche Jobs annehmen, mit Sanktionsdrohungen wird dem Nachdruck verliehen.

Öffentliche Beschäftigung ist in der Kritik durch Sozialverbände, aber auch durch staatliche Einrichtungen. So hat der Bundesrechnungshof im Jahr 2005 und im ersten Quartal 2006 Prüfungen u. a. im Bereich der Arbeits-Gelegenheiten durchgeführt. Die wichtigsten Ergebnisse der Prüfung waren:

- Bei fast einem Viertel der geprüften Maßnahmen mit Arbeitsgelegenheiten (Ein-Euro-Jobs) lagen die Förderungsvoraussetzungen nicht vor, weil die zu erledigenden Tätigkeiten weder im öffentlichen Interesse, noch zusätzlich oder wettbewerbsneutral waren.
- Bei weiteren knapp 50 Prozent der geprüften Fälle konnten keine verlässlichen Kenntnisse über die Maßnahmeeinhalte ermittelt werden, so dass auch hier Zweifel an der Förderungsfähigkeit bestanden.
- Ein häufiger Mangel ist die Tatsache, dass Grundsicherungsstellen häufig wesentliche Teile des Fallmanagements (Profiling oder die Entscheidung, ob und in welcher Arbeitsgelegenheit erwerbsfähige Hilfebedürftige eingesetzt werden sollen) den Maßnahmeträgern überlassen.

Veranstaltung am 04. April 2008

Hartz IV, zur Situation und Perspektiven in Berlin und der BRD

- Die Grundsicherungsstellen gewährten Maßnahmeträgern überwiegend pauschale monatliche Zuschüsse für die Beschäftigung der Hilfebedürftigen, unterließen es aber, eine Kostenkalkulation anzufordern und die Notwendigkeit der geltend gemachten Kosten zu prüfen.
- Arbeitsgelegenheiten mit **30** Wochenstunden kosteten durchschnittlich 435 Euro pro Teilnehmer im Monat zusätzlich zu den übrigen Kosten der Grundsicherung. Damit sind diese nicht zwingend kostengünstiger als Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen, die alternativ Eingliederungen des Zweiten Arbeitsmarktes schafft, die sogar sozialversicherungspflichtig sind.

Interessant ist auch, dass eine im Jahr 2008 vom IAB veröffentlichte Untersuchung zu dem Ergebnis kommt, dass Ein-Euro Jobs kaum die Chancen auf eine Vermittlung in den Arbeitsmarkt erhöhen konnten. Auch die sogenannten „Klebeeffekte“ (durch Übergang in echte Jobs) sind eher selten.

Die Hauptpeinsatzbereiche von MAE Kräften sind:

- Infrastrukturverbesserung und im Umweltschutz / Landschaftspflege
- Kinderbetreuung / Jugendhilfe (Kindergartenhelfer, Jugendaufsicht, Schulaufsicht)
- Gesundheit / Pflege (Altenpflege, Sozialhelfer etc.)
- Als Hilfspersonal im Schulbereich (sogar als Hilfslehrer)

Nachweislich verdrängen Ein-Euro Jobs reguläre Arbeit im ersten Arbeitsmarkt. So wurden beispielsweise die Berliner Grünflächenämter in ihrer Personalstruktur ausgedünnt, weil Ein-Euro Jobber billiger sind. Die bestehenden Friedhofsgärtnereien wurden tlw. aufgelöst und komplett durch Ein-Euro Jobber ersetzt. In 2006 waren 16.000 Ein-Euro Jobber im Bereich des öffentlichen Dienstes, bei Bezirksämtern eingesetzt und viele im sozialen Bereich.

Der öffentliche Beschäftigungssektor kann „echte“ Arbeitsplätze nicht ersetzen und ist überhaupt nur eingeschränkt geeignet, Beschäftigungsimpulse am Arbeitsmarkt zu senden.

Teil III – Mindestlohndebatte

Die Diskussion über Mindestlöhne reißt nicht ab, mutiert aber teilweise zu einer „Schattendebatte“. Die Regierung traut sich nicht, gesetzliche, armutsfeste Mindestlöhne, flächendeckend einzuführen, denn der Widerstand der Wirtschaftsverbände und Gewerkschaften dagegen ist groß.

Die einen fürchten um ihre Tarifhoheit, die anderen um ihren Profit, aber alle zusammen den Machtverlust. Aber unter geringen Löhnen leiden nicht nur diejenigen, die dafür arbeiten müssen, sondern die Gesellschaft insgesamt zahlt doppelt dafür. Die Unternehmer drücken sich aus der sozialen

Veranstaltung am 04. April 2008
Hartz IV, zur Situation und Perspektiven in Berlin und der BRD

Verantwortung, die Politik schaut tatenlos zu und die Gewerkschaften betreiben Schadensbegrenzung, der spätere Lohn dafür ist Altersarmut. In 20 EU Mitgliedsstaaten gibt es gesetzliche Mindestlöhne, während Deutschland auf dem Wege zum Niedriglohnland ist.

Teil V – Organisieren der schwer Organisierbaren – Gegenwehr!

Der Widerstand gegen den Sozialabbau wurde im Herbst 2004 (vor der Verkündung von Hartz IV) kontinuierlich stärker. Bis zu 800.000 Menschen demonstrierten jeden Montag und mehrere Großdemonstrationen haben deutlich mehr als 1 Million Bundesbürger auf die Straße gebracht.

Nach der Einführung von Hartz IV ist der öffentliche Widerstand fast völlig zusammen gebrochen. Nur noch vereinzelte Demonstrationen, kaum noch konzentrierte Gegenwehr. Insgesamt ist der Widerstand zu schwach, um die neoliberalen Verhältnisse aufzubrechen oder ein Umdenken zu erreichen.

Armutsbewältigung äußert sich mittlerweile in der bundesweiten Ausbreitung und Einrichtung von Mittagstafeln oder Kleiderkammern, aus denen sich die Bedürftigen ernähren und kleiden. Damit senken sie teure Entsorgungskosten für Lebensmittel oder Abfall. Hartz IV Empfänger als Resteverwerter.

Die Bedürftigen schaffen auch einen „Ersatzmarkt“ und haben mittlerweile ihre eigene Industrie geschaffen, den des Ein-Euro Marktes. Ein-Euro Geschäfte, Gebrauchsgüter, Ebay-Händler und auch Hersteller beliefern den größer werdenden Markt für die Unterschicht. Das einrichten in die Verhältnisse!

Seit November 2005 gibt es im Bezirk Spandau die Selbsthilfegruppe „Arbeitslose helfen Arbeitslosen“, die in Zusammenarbeit mit der Volkssolidarität e.V. versucht, die „schwer organisierbaren“ zu unterstützen. Beratungs- und Informationsangebote, sowie eigene Info-Schriften sollen die Betroffenen aktuelle informieren. In Unregelmäßigen Abständen werden Veranstaltungen zu verschiedenen Themen durchgeführt. Die Masse der Arbeitslosen, Geringverdiener oder prekär Beschäftigten ist schwer greifbar, bzw. organisierbar und ist versucht, sich vor der Problematik wegzuducken.

Politische Motivation haben die wenigsten und die sehen im organisierten Protest kaum einen Sinn. Manche haben den Glauben an die Politik verloren.

Aber die Unzufriedenheit über die schlechter werdenden Lebensverhältnisse ist groß, mindestens ebenso wie die Abneigung gegenüber den Arbeits- oder Sozialbehörden oder die Verfolgungsbetreuung, bis hin zum Arztbesuch.

Der Wunsch, Deutschland zu verlassen wächst. In den letzten Jahren sind fast zweihunderttausend Deutsche ausgewandert und nur wenige kommen wieder.

Die langfristigen Folgen der sozialen Verwahrlosung werden zu sozialen Unruhen und zur Gettobildung führen. Gegen den sozialen Abstieg

Veranstaltung am 04. April 2008

Hartz IV, zur Situation und Perspektiven in Berlin und der BRD

Deutschlands muss die Politik gegensteuern, wenn sie ernsthaft daran interessiert ist, dass sich keine extremistischen Verhältnisse etablieren.

Die soziale Herkunft und Stellung entscheidet aber darüber, welche Chancen und Möglichkeiten die Bürger in unserer Gesellschaft haben oder eben nicht. Wer ausgrenzend wird, von dem ist kaum zu erwarten das er Tolerant ist. Die soziale Schichtung im Sinne der „Alten Klassenbegriffe“ ist wieder aktuell, der Klassenkampf ist bis zu einem gewissen Grad heute wieder erkbar.

So wie die Bundestagsparteien mit ihrer Politik beweisen, scheinen sie nicht gewillt zu sein, für einen positiven Ausgleich der gesellschaftlichen Verhältnisse einzutreten. Sie wollen anscheinend nicht, dass sich mehr Bürger in die Politik einmischen oder für ihre demokratischen Grundrechte eintreten. Für die gesellschaftlichen Schichten, die jetzt obenauf sind, soll sich nichts ändern, während es für die Mehrheit unserer Gesellschaft schlechter wird.

Wir sollen die Zeche für die Schuldigen der Misere zahlen. Wenn Politik dabei zuschaut ist zynisch, wenn sie es befördert ist das asozial. Unsere Freiheit und die Demokratie ist in Gefahr. Wenn wir unsere Lebensverhältnisse nicht heute **zum positiven** Ausgleich verändern, werden uns die Verhältnisse **zum negativen in der Zukunft** überholen!

Teil V – Perspektive und Ausblicke

Der größte Umbau der Arbeitsverwaltung seit deren Gründung hat für das Land, für Arbeitssuchende und Bedürftige kaum Verbesserungen gebracht, es hat die sozialen Probleme vertieft und die Spaltung der Gesellschaft erreicht.

Tatsächlich wurde mit den Hartz Gesetzen der politische Wille der etablierten Politik zu großen Teilen erfüllt. Geld und Arbeit wurden umverteilt, bisher unangefochtene Grundrechte eingeschränkt und der Sozialstaat geschliffen. Viele Anspruchstellern wird der Bezug von Sozialleistungen verwehrt oder sie werden durch Sanktionierungen aus dem Bezug geworfen. Die politisch gewollte Kostensenkung bei den Anspruchstellern hat infolge vieler Faktoren zur Steigerung der Verwaltungsausgaben geführt, quasi eine Umverteilung.

Skeptiker und Zweifler sagen sogar, dass dies möglicherweise von Anfang die eigentliche Zielrichtung war. Ein Arbeitsbeschaffungsprogramm für den Staat.

Bei den Kritikern von Hartz IV ist die Formel noch einfacher: Dort wird gesagt, dass Hartz IV die Bedingungslose Unterjochung **fordert** und die lebenslange Abhängigkeit **fördert**.

Denn weder wurde durch Hartz IV bisher die Massenarbeitslosigkeit dauerhaft bekämpft, noch wurden entsprechend mehr Arbeitsplätze geschaffen. Jeder Zweite neu geschaffene Arbeitsplatz ist befristet. Die meisten Arbeitsplätze

Veranstaltung am 04. April 2008
Hartz IV, zur Situation und Perspektiven in Berlin und der BRD

entstanden als prekäre Arbeitsplätze in der Leiharbeit oder Teilzeitbeschäftigung und eine Vielzahl ist nicht sozialversicherungspflichtig.

Gleichzeitig mit dem Start von Hartz IV wurden große Medienkampagnen als Diffamierungskampagnen gegen Arbeitslose gerichtet sind, gestartet.

Mittlerweile glauben fast 40% der Bevölkerung das Langzeitarbeitslose selbst daran Schuld sind, wenn sie keine Arbeit finden.

Der Druck auf Arbeitslose, jede noch so schlecht bezahlte Arbeit anzunehmen spült der Wirtschaft „billige“ und „willige“ Arbeitskräfte zu, die oft keine Kraft mehr haben sich gegen Ausbeutung und Drangsalierung zu wehren.

Die ehemalige Bundesanstalt für Arbeit und die neu geschaffenen Institutionen genießen einen widersprüchlichen Ruf. Der Umgangston oder die Art der Behandlung und die immer noch hohe Anzahl fehlerhafter Leistungsbescheide sowie unberechtigter Sanktionen, können insgesamt kein Vertrauen schaffen.

Der Widerstand gegen Verwaltungsakte führt meist über den Weg des Sozialgerichts. Schuld daran sind mangelnde Sachkenntnis und Willkür.

Quellenangabe:

Arbeitsmarktstatistik der Bundesagentur für Arbeit, insbesondere Monats-, Jahres-, Regionalberichte sowie Sonderberichte.

Analysen des Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesagentur für Arbeit (IAB) Auswertungen und Analysen der Hans-Böckler Stiftung (HBS), des DGB und der IG Metall.

Informationen vom Internetportal www.sozialticker.de, www.tacheless.de, und Zeitungsartikel